

# Die Gewerkschaft.

Organ für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Verlag, Expedition und Redaktion:  
**Berlin W. 57, Bülowstr. 21.**  
— Telefon: Amt 9, Nr. 6488. —  
Die Gewerkschaft erscheint alle 14 Tage Freitags.  
Redaktionschluss:  
8 Tage vor dem Erscheinen.

**Motto:**  
Staats- und Gemeinde-Betriebe  
sollen Musterinstitute sein.

**Bezugspreise.**  
Durch die Post (Zeitungsspreisl. Nr. 4028) ohne Bestellgeld  
0,50 Mf. vierteljährlich, unter Streifenband 1,10 Mf. Einzel-  
nummer 0,20 Mf.  
— **Anzeigen.** —  
Die dreigespaltene Preiszelle 10 Pfg., bei Wiederholung billiger;  
für die Organisationen der Gemeinde- und Staatsarbeiter 15 Pfg.

Nr. 19.

Berlin, den 19. September 1902.

6. Jahrg.

## Arbeitslöhne und Konsumgenossenschaften.

Eine volkswirtschaftliche Plauderei von Brutus.

Mehrere Jahrzehnte hindurch hat sich die organisierte Arbeiterchaft Deutschlands darauf beschränkt, sich in ihrer Eigenkraft als Verkäufer der Waare Arbeitskraft gegen die Ausbeutung durch das Unternehmertum zu wehren. Ein Arbeiter ist infolge seiner Mittellosigkeit gezwungen, das Benutzungsrecht seiner Arbeitskraft an einen Unternehmer zu verkaufen. Wie jeder andere Verkäufer hat er natürlich ein lebhaftes Interesse daran, für seine Arbeitskraft einen möglichst hohen Preis zu erzielen, während der Unternehmer, wie jeder andere Käufer, möglichst wenig dafür bezahlen will. Hier stehen sich zwei durchaus entgegengesetzte Interessen gegenüber und in diesem Interessenkampfe siegt immer der Stärkere. Der Arbeiter fordert deshalb einen hohen Lohn für seine Arbeit, der Unternehmer schwärmt für niedrige Löhne. Die wirkliche Höhe des Lohnes wird bestimmt durch das Stärkeverhältnis beider Theile. Ist das Unternehmertum stark, so drückt es die Löhne, ist die Arbeiterklasse stark, so bringt sie die Löhne in die Höhe. Dies beobachten wir in allen Ländern und auch innerhalb eines Landes in den einzelnen Berufsgruppen.

Da nun der einzelne Arbeiter dem Unternehmertum gegenüber völlig ohnmächtig und widerstandsunfähig ist, so muß er sich mit seinen Berufsgenossen in Vereine zusammenschließen, um auf diese Weise eine Macht zu bilden. Diese Notwendigkeit haben viele Arbeiterschaften allmählich erkannt und sind zu mächtigen Organisationen zusammengetreten. Hierdurch ist es ihnen möglich geworden, dem Unternehmertum in heftigen Kämpfen Vortheile abzurufen und sich außer einer Arbeitszeitverkürzung und sonstiger Verbesserungen (speziell höhere Löhne) zu erkämpfen. In der That beobachten wir in den letzten Jahrzehnten ein, wenn auch langsames, so doch beständiges Steigen der Arbeitslöhne, als eine erfreuliche Folge der Organisationsbestrebungen.

Leider hatte man dabei übersehen, daß der Arbeiter nicht nur als Verkäufer seiner Arbeitskraft ausgebeutet werden kann, sondern daß er auch als Käufer der verschiedenen Waaren, die er für sich und seine Familie gebraucht, arg übervothelt wird. Allmählich dämmerte in den Köpfen der fortschrittlichen Arbeiter die Erkenntnis auf, daß die so lauer erregene Lohnverhöhung durch die fortwährende Steigerung der Waarenpreise gleichsam aufgehoben wurden, daß also das, was auf der einen Seite gewonnen ging, auf der andern Seite wieder verloren ging. Daraus ergab sich ganz von selbst die unabwendbare Notwendigkeit für die Arbeiter, sich nicht nur als Produzenten in Gewerkschaften, sondern auch als Konsumenten in Genossenschaften zu organisieren. Der Konsumverein oder die Konsumgenossenschaft ist also eine ganz natürliche Ergänzung der Gewerkschaft.

Die Möglichkeit, daß der moderne Lohnarbeiter durch niedrige Arbeitslöhne und, bei hohen Löhnen, durch hohe Lebensmittelpreise ausgebeutet werden kann, beruht auf dem Wesen des Arbeitslohns. Der Arbeitslohn wird heutzutage in Geld ausbezahlt und dieser Geldlohn ist eine sog. relative

Größe, d. h. er steht nicht absolut fest, sondern er muß erst näher bestimmt werden. Wenn mir z. B. jemand aus einer Gegend, deren Verhältnisse ich nicht kenne, mittheilt, daß er per Woche 30 Mf. verdient, so weiß ich damit noch nicht, ob dieser Verdienst hoch oder niedrig ist. Ist in jener Gegend alles theuer, so ist der Wochenverdienst von 30 Mf. niedrig, ist dort alles billig, so kann ich ihn als einen hohen bezeichnen. Aus diesem Grunde ist es auch so schwer, die Löhne verschiedener Zeiten und Länder mit einander zu vergleichen. Um sie vergleichen zu können, muß man den Geldlohn in den Sachlohn umwandeln, oder mit andern Worten, man muß berechnen, was man jeweilig für diesen Lohn kaufen kann.

Eine jede Hausfrau hat wohl schon die Erfahrung gemacht, daß das Geld keine absolute Größe ist. Nehmen wir an, daß sie bisher per Woche 20 Mf. Hausstandsgeld bekommen hat. Wie weit sie mit diesem Gelde reicht, richtet sich nach der Höhe der Lebensmittelpreise: werden die notwendigen Lebensmittel theurer, so wird das Hausstandsgeld weniger, trotzdem es dem Namen nach dasselbe bleibt, werden sie billiger, dann ist das Umgekehrte der Fall. Setzen wir nun voraus, ein Familienvater wäre in der Lage, ein etwas höheres Hausstandsgeld, also statt 20 Mark 21 Mark geben zu können, so könnte die Hausfrau bei gleichbleibenden Verhältnissen für 1 Mark mehr kaufen per Woche. Wären aber zugleich Zeit die Preise der notwendigen Lebensmittel um ein Fünftel oder gar um ein Viertel in die Höhe gegangen, so könnte die Frau nicht mit dem Gelde für eine Mark weniger kaufen, denn die Erhöhung des Hausstandsgeldes wäre durch die höheren Waarenpreise aufgehoben worden.

Ganz genau so liegt die Sache mit den Arbeitslöhnen. Der Kapitalismus hat es verstanden, die von den Arbeiterorganisationen erzielten Vortheile für sich auszunutzen, indem er es fertig brachte, die Lebensmittelpreise zu steigern und so das, was er den Arbeitern notgedrungen mehr geben mußte, auf einem Umwege wieder in seine Tasche zurückzuführen zu lassen. Diese Vertheuerung der Lebensmittel hat verschiedene Gründe, unter denen die richtigsten sind: die Hölle, die Ringbildung und der Zwischenhandel.

Daß die heutige Zollpolitik darauf hinausläuft, der großen Masse des Volkes Brod, Fleisch, Salz, Petroleum u. s. w. zu verteuern, ist ja so bekannt, daß wir kein Wort darüber verlieren wollen. Nicht minder auch ist es bekannt, daß die Unternehmervereinigungen, die Ringe, Syndikate, Trusts und wie sie alle heißen, preissteigernd wirken. Pflicht der organisierten Arbeiter ist es deshalb gegen diese Vertheuerungspraktiken in geeigneter Weise Front zu machen. Ebenso liegt es auch mit dem Zwischenhandel.

Der heutige Zwischenhandel bedeutet eine ungeheure Kräftevergeudung und muß deshalb die Lebensmittel ganz bedeutend verteuern. Die zahllosen überflüssigen Arbeitskräfte, die darin brachliegen, die Ladenmieten, Anzeigen und sonstigen Ausgaben müssen von den Käufern bezahlt werden und werden auf die Preise aufgeschlagen. Eine vernünftige Regelung der Art und Weise, wie die Waaren von dem Orte ihrer Erzeugung an die Konsumenten gebracht werden, ist ein unbedingt erforderliches. Diese Aufgabe suchen die Konsumenten-

vereinigungen zu lösen und sie werden sie lösen, wenn erst die übergroße Mehrzahl der Arbeiterfrauen ihre Bedeutung begriffen hat. Je größer die Zahl derjenigen Frauen ist, die ihren Bedarf in dem Konsumverein entnehmen, desto eher ist es möglich, die Preise herabzusetzen und einer von anderer Seite geplanten Erhöhung der Preise entgegenzuwirken.

Der Mensch ist ein denkendes Wesen und handelt nach Grundätzen. Er muß also auch nach bestimmten Grundätzen kaufen. Es ist unbeschreiblich thöricht, seine Kaufkraft zu verschleudern an jeden beliebigen Krämer oder Händler, anstatt sie dorthin zu geben, wo einem selbst die Vortheile wieder zufließen. Unvorsichtig wäre es von einer Arbeiterfrau, wenn sie das, was ihr Mann in hartem Kampfe und unter schweren Opfern erringt, den Zwischenhändlern in den Rücken werfen wollte. Der Mann muß mit Hilfe seiner Gewerkschaft die Löhne in die Höhe bringen und die Frau muß mit Hilfe ihrer Genossenschaft die Lebensmittelpreise herabdrücken. Wenn sie so Hand in Hand arbeiten, so wird sich ihre Lebenshaltung heben, was ihnen selbst und ihren Kindern zu gute kommt. Dann erst wird es ihnen möglich sein, ein menschenwürdiges Dasein zu führen und die drohende Verelendung von sich abzuhalten.

## An unsere Korrespondenten!

Wiederholt verlangen in letzter Zeit einige Ailalen-Schriftführer, daß ihre eingehenden Berichte ohne jede Anmerkung veröffentlicht werden sollen. Derartige Verlangen können untererits nicht berücksichtigt werden.

In allen Redaktionen ist es Praxis, daß diese selber über die Aufnahme resp. Abänderung eingehender Berichte entscheiden. Sie allein und nicht die Einlieferer tragen die Verantwortung für die erfolgten Publikationen; andererseits dürfen wir auch mit dem vorhandenen Raum rechnen und können sie daher nicht unbedenklich veröffentlichen, wie sie dieser oder jener Korrespondent zu verfaßen beliebt. Auch wir müssen die gleiche Praxis befolgen und sind deshalb nicht in der Lage, die oben genannten Wünsche zu berücksichtigen. Die Redaktion.

## Zur Beachtung!

Mit der Ausbreitung unserer Bewegung hat sich auch der Stoff vergrößert, der in unserer Zeitung behandelt werden soll. Daher müssen wir namentlich an die Berichtsamtliche Berichtslieferer die dringende Bitte richten, ihre Korrespondenzen so kurz wie möglich zu fassen. Insbesondere ist die genaue Angabe der Tagesordnung, der Berichtsamtliche Berichtsamtliche zu unterlassen, da solche Angaben nur unwirksam in Anspruch nehmen und wenig oder gar kein Interesse für die Mitgenossen erwecken. In den Berichtsamtliche Berichten sollen nur die Punkte zur Erörterung gelangen, welche die Allgemeinheit interessieren; auch die Angaben über Antikonten, deren Komitee mitgliedern u. s. unterlassen.

Berichte u. s. welche in der nächsten Nummer Aufnahme finden sollen, müssen mindestens eine Woche vor dem Erscheinen der Zeitung in den Händen der Redaktion sein. Jedoch können sie nur dann auf Aufnahme hoffen, wenn sie einer gründlichen Umarbeitung nicht bedürfen und Raum vorhanden ist. Wir bitten die Mittheilungen für den Verbands-Vorstand verbunden sein. Sind das Versteht nicht beabsichtigt, so können wir keine Garantie für die ordnungsmäßige Vertheilung der monatlichen Ausgaben übernehmen, es darf auch nicht nur eine Seite des Papiers befüllt werden.

## Versammlungen.

**Berlin I.** Unsere Filiale hielt am 28. August eine recht gut besuchte Mitglieder-Versammlung bei Hoffmann, Palmenallee 3, ab. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, je 2 Mitglieder-Versammlungen mit Frauen und Keferat und je 2 ohne Frauen und ohne Keferat abzuhalten. Weiter wurde vom Vorstand angeregt, daß sich doch die Kollegen daran gewöhnen möchten, die Beiträge jede Woche zu zahlen, denn in den meisten Fällen drehen die Kollegen dem Verband dann den Rücken, wenn sie zwei bis drei Monat rückständig sind und den ganzen Rest nachbezahlen sollen. Zum Schluß wurden die Mitglieder der Anzahl einer scharfen Kritik unterzogen. Besonders erörtert wurde ein Fall, welchem zu Grunde lag, daß ein Kolonnenführer es gewagt hatte, 25 Pf. Trinkgeld zu nehmen, dafür aber vom Dirigenten erst mit Entlassung und dann mit Urlaubseinstellung bestraft wurde. Der Kollege wurde angehalten, nochmals mit dem Dirigenten zu sprechen und das Trinkgeld zu stellen, die Strafe doch zu ermäßigen. Sollte dieser Schritt fruchtlos ausfallen, so soll der Arbeiterausschuß beauftragt werden, in dieser Angelegenheit mit dem Dirigenten zu unterhandeln. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Berlin Ia.** In der Mitglieder-Versammlung vom 2. September wurde seitens des Vorsitzenden und zwar vor Eintritt in die Tagesordnung des verstorbenen Vorstanders und Beraters der Arbeiterschaft, des Stadtverordneten Th. Wegner, gedacht und sein Andenken durch Erheben von den Plänen geehrt. Hier nach kamen die Entlassungen kranker Kollegen zur Sprache, die auf Grund der Verfügung der Gaswerks-Direktion entlassen wurden, da sie länger wie vier Wochen krank waren. Die Erregung der Gasarbeiter über diese Verfassungen hat sich aber noch immer nicht gelegt, trotzdem doch die Direktion verschiedentlich Verschönerungsversuche gemacht hat. Die Kollegen ermahnten sich deshalb gegenwärtig zur regelmäßigen Tätigkeit für die Organisation, damit man später dergleichen Beeinträchtigungen der Gesundheit der städtischen Arbeiter abbrechen könne.

**Damburg.** Bericht von der Mitglieder-Versammlung. Den 1. Punkt der Tagesordnung bildete die Verechnung der Abrechnung vom 2. Quartal. Hier nach steht der Gesamtertrag von 226,56 Mk. eine Ausgabe von 1216,30 Mk. (inkl. 400 Mk. Vorbehalt an das Komitee, eine Zahlung an die Hauptkasse von 21,74 Mark und ein Kassenbestand von 226,56 Mk.) gegen über. Die Revisoren befanden, daß die Abrechnung eingehend geprüft, für richtig befunden und den Kassenbestand in Paar vorgelegt erhalten haben.

Geheimrat Bürger behandelte sodann in einem 1 1/2 stündigen Vortrage das Krankenfallwesen mit besonderer Berücksichtigung der Betriebskrankenfälle, dabei auf die ungenügende Versorgung auf diesem Gebiete verweisend. Zur Orientierung hierüber führte er an, daß es nach der Reichsstatistik über 22 000 Krankenfälle ganz verschiedener Art gibt und zwar für über 8 Millionen Versicherte. Auf eine Masse entfallen somit durchschnittlich 270 400 Mitglieder. In Damburg sieht es in dieser Angelegenheit am ärgsten aus, denn das Hamburger Staatsgebiet hat nicht weniger als 150 Krankenfälle zu verzeichnen. Dieser Mangel in der Organisation des Krankenfallwesens bewirkt aber, daß dieses Ziel sozialer Fürsorge nicht voll zum Austrag kommen könne. Referent bespricht dann eingehend die Beziehungen zwischen der Krankenversicherung und den übrigen Arbeiterversicherungen. Von großer Bedeutung sei da die Versicherung der Rassenordnenden, weil diese zur praktischen Durchführung eines Teiles der übrigen Arbeiterversicherungen seien und zur Wahl der Reduzierenden auf diesem Gebiete berufen seien. Nach dieser Richtung hin würde auch schon heute manches besser sein, wenn die Arbeiter sich mehr darum kümmerten. Es müsse deshalb das Vordringen der Hamburger Arbeiter sein, die vielen Betriebskranken zu einer einzigen zu verschmelzen. Schon der erwähnte Bericht über die Unterstützungseinrichtung, welche den Hinterbliebenen der Mitglieder 75 300 Mk. gewährt. Er kritisierte das unerschöpfliche Verhalten vieler Mitglieder, die entweder nicht in die Versammlungen kommen und hinterher Alles besser wissen oder etwas zwar mitbeizulassen, sonst aber die Beschlüsse nicht als maßgebend anerkennen. Ferner befindet der Redner, daß unsere bisherige Verbandspraxis gezeigt habe, daß wir ohne die Unterstützungsgemeinen nur wenig Mitglieder an den Verband festhalten können, denn ein großer Teil der Neueingetretenen wird nach kurzer Mitgliedschaft wieder fahnenflüchtig, weil ihr Verlangen nach längerer Mühe bei einer vornehmlichen Mitgliedschaft nicht erfüllt werden kann. Die höheren Ziele der Arbeiterbewegung vermögen diese Leute eben nicht zu erreichen, sie wollen vielmehr einen sofortigen Nutzen. Da wir aber im Interesse der Erfüllung unserer gesellschaftlichen Aufgaben darnach nachsehen müssen, alle Kollegen zu gewinnen und sie alle zur Erkenntnis der Wahrheit zu bringen, so muß diesen Leuten etwas geboten werden, was ihnen als direkter Vorteil in die Augen springt und ihnen den Verband immer werthvoller macht, je länger sie demselben angehören. Das kann nur geschehen, wenn die Zerbunterstützung wirklich nutzbringend durchgeföhrt wird. Auch ist es bei uns am leichtesten einheitslich zu gestalten. Man muß also die vom Verband zu leistenden Unterstützungen zweigeteilt als eine Sache für sich, sondern im Zusammenhang mit der ganzen Bewegung betrachten. Sofern es nun die Mitglieder überhaupt noch ehrlich mit der Organisation meinen, dürfen sie hiergegen einen ablehnenden Standpunkt nicht einnehmen. Am nun diese Unterstützung wieder voll und ganz zur Geltung gelangen zu lassen, schlägt ich folgende Resolution zur Annahme vor:

„Die Versammlung heißt die getroffene Unterstützungseinrichtung der Filiale Damburg gut und beschließt, daran festzuhalten. Die Versammlung beschließt ferner zu Art. 7 des Regulariums folgenden Zusatz: Falls der Vorstand glaubt, ein Mitglied bzw. dessen Hinterbliebenen mit seinen Ansprüchen abweisen zu sollen, so hat er die Verpflichtung, den Fall der nächsten Mitglieder-Versammlung unter besonderer Bekanntgabe in der Tagesordnung vorzulegen.“

In der Diskussion wurde die Anfrage gestellt, ob diejenigen Mitglieder, welche sich weigern den Beitrag zur Unterstützung zu zahlen, aus dem Verbandsausgang geschlossen werden können. Diese Frage wurde vom Vorsitzenden bejaht und zwar unter Hinweis auf § 1 a. l. g. § 3 Abs. 4 in Verbindung mit § 5 a. l. des Verbandsstatuts.

Nachdem noch verschiedene Einzelheiten debattiert waren, wurde die Resolution von der sehr gut besuchten Versammlung einstimmig angenommen.

Achtung, Hamburger Mitglieder! Da ihr nun mehr zum zweiten Male beschließen habt, die Zerbunterstützung unter obligatorischer Zugehörigkeit aller Verbandskollegen der Filiale Damburg beizubehalten, fordern wir Euch auf, den Beitrag für diese Einrichtung regelmäßig zu zahlen. Wer sich jetzt noch grundlos weigert, denselben zu entrichten, wird ausgeschlossen und der nächsten Versammlung bekannt gegeben. Bis jetzt haben wir zwei Unterstützungsfälle gehabt, wofür bereits 150 Mk. bezahlt wurden; jeder Einzelne hat also einsechshundert der Fondsmark 3 Mark zu lösen.

**Magdeburg.** Sonntag, den 31. August, fand in Vater's Lokal eine öffentliche Versammlung statt. Arbeiter statt. Zu Punkt 1 hielt der Stadtverordnete Müllich einen Vortrag über „Die Aufgaben der Gewerkschaften“. Seine Ausführungen fanden allenthalben eine gute Aufnahme und ungetheilten Beifall. Hier anschließend kam der Abschluß der Angelegenen Angelegenheit zur Diskussion. Allerdings traten dadurch recht verschiedene Ansichten zu Tage, indem einzelne Kollegen sich schämten, ihre traurige Lage zu veröffentlichen. Diesen und den uns noch fernstehenden Kollegen wurden noch Angelegenen zur Ausführung gegeben. Beim Punkt 3 wurden wieder einmal die unlieblichen persönlichen Reibereien in die Debatte gezogen, so daß die Kritische des Referats gänzlich verloren gingen. Es wäre deshalb endlich an der Zeit, wenn ein Teil der Gasarbeiter einwirkte, daß öffentliche Versammlungen nicht zum Zummelplatz persönlicher Streitereien gemacht werden dürfen, denn damit können wir keine Mitglieder gewinnen. Auf Antrag des Kollegen Zeger trat daher Schluß der Versammlung ein.

**Magdeburg III.** Die regelmäßige Mitglieder-Versammlung unserer Filiale tagt am 6. September in Vater's Lokal, wo der Kollege Zeger einen bestfälligen aufgenommenen Vortrag über „Kapital und Arbeit“ zu Gehör brachte. Außerdem wurde noch mitgeteilt, daß den Mitgliedern der Inhalt des Monnberischen Werks zugänglich gemacht werden soll und zwar schon in den nächsten Versammlungen.

**Mannheim VI.** Sonnabend, den 24. August, tagte hier unsere Mitglieder-Versammlung im Lokal „Wartburg“, Allee-Grundstück 13. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde über die Anbahnung des Monnberischen Werkes beraten. Seitens einiger Redner wurde jedoch betont, daß dasaße in Bezug auf Mannheim nicht ganz den Thatständen entspricht und da man befürchtet, daß dies auch noch bei anderen Städten der Fall sein könne, so wurde vorläufig von einer Bestellung des Audes abgesehen. Darauf verlas der Redner Boel die Abrechnung des letzten Quartals; selbige wurde als richtig anerkannt und dann dem Kammer-Jüles Teuberge ertheilt. Außerdem machte der Vorsitzende bekannt, daß die gesammelten Gelder zum Gasarbeiterkongreß noch nicht abgeschrieben sind. Da er glaubt, daß aus der Abhaltung des Kongresses nichts wird. Der Vortrag wurde deshalb der Mittheilung überlassen. Zum 3. Punkt, Bericht der kombinirten Vorstandssitzung, machte Kollege Seemann die Mittheilung, daß in nächster Zeit eine öffentliche Protestversammlung stattfindet, wozu jede Filiale einen Teil der Unkosten zu tragen hat. Dem wurde nach kurzer Debatte zugestimmt. In Bezug auf die Lokalfrage beantragte Kollege Widmaier, in Zukunft allmonatlich eine Versammlung abzuhalten und zwar, um allen Kollegen Rechnung zu tragen, einen Monat im Lokal Wartburg, Restarvorstand, den anderen Monat im Lokal Klein, Luzienburg. Da sich alle Redner in diesem Sinne aussprachen, wurde dementsprechend beschlossen. Unter verschiedenen führten mehrere Redner Klagen über den schlechten Versammlungsbesuch und die mangelhafte Beitragszahlung. Es wurde deshalb von allen Seiten der Wunsch geäußert, eine thätigere Agitation in die Wege zu leiten, um die Kollegen aus ihrer Laune und Gleichgültigkeit aufzumuntern. Auch wurde von einigen Kollegen erwähnt, ob es nicht vornehmlich sei, den ausgethorenen Ernst Mark wieder in den Verband aufzunehmen. Daraus wurde erwidert, daß seiner Wieder Aufnahme nichts im Wege stehe, wenn er darum nachsuche. Nachdem noch einige Differenzen beigelegt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**München.** Nachdem in jüngerer Zeit auch unter den städtischen Arbeitern der Elektrizitätswerke eine lebhaftere Agitation entfaltete wurde, kam nun in der am 2. September abgehaltenen Versammlung die Gründung der Filiale München II zu Tande. Die Keferate in dieser Versammlung wurden von dem 68. wieson Nabeland aus Kavel und dem Kollegen Plannholzer gehalten. Es erfolgte auch gleich die Wahl des Vorstandes und des Versammlungslokales. Als solches wurde das Gasthaus zur Krone, Marienplatz 31, bestimmt. Ferner wurde beschlossen, jeden 1. Sonntag

im Monat Versammlung abzuhalten. Offenlich entwickelt sich diese Filiale recht bald so, daß wir mit Stolz auf sie blicken und mit ihr bald bessere Zustände für die Kollegenchaft erringen können.

**München.** Vier tage am 12. August d. J. in „Gasthaus zur Krone“, Marienplatz in der An, eine öffentliche Versammlung städtischer Arbeiter. Da der hierzu bestellte Referent, Herr Anton Käth, infolge Ausübung seines Amtes als Gemeindebevollmächtigter verhindert war, rechtzeitig zu erscheinen, so übernahm Kollege Plannholzer das Referat. Er erläuterte in kurzen Zügen die Entstehung des Verbandes der städtischen Arbeiter und Unterangestellten und führte den Nutzen und die Nothwendigkeit der derselben den städtischen Arbeitern schon gebracht hat, klar vor Augen. Zur Vereinfachung gab der Redner einige Beispiele aus anderen Städten, wo direkt durch das Eintreten der Organisation Verbesserungen der Lage der städtischen Arbeiter zu verzeichnen sind. Bei der Behandlung der Mißstände in den Mäandern städtischen Betriebes ging der Referent besonders auf den Arbeiterausschuß ein. Er legte dar, wie derselbe Werth erlangen kann, wenn die Mandate der Ausführenden Mitglieder richtig ausgeübt werden. Ferner gab er bekannt, daß dieser Ausschuß durch einen Vertreter des Magistrats und 8 Vertretern der Arbeiter gebildet wird. Von letzteren entfällt je einer auf Wasser, Kanal und Hochbau, sowie Stadtgärtnerei, Versorgungsanlagen, Wasserversorgung, Straßenbau, Züß und Nord. Die Wahl erfolgt geheim durch das ständige Personal. Die Mandats-Gültigkeit währt 2 Jahre. Der unter Einhaltung dieser Bestimmungen zu Tande gekommene Ausschuß ist für alle Arbeiterfragen und Beschwerden kompetent, jedoch hat er nicht nöthig, den Mäandern Einzelner Rechnung zu tragen. Nach Ansicht Plannholzer's ist diese Vorrichtung für die Arbeiter besonders nachtheilig. Außerdem führte er noch mehrere besserungsbedürftige Dinge an und empfahl daher am Schluß seiner Ausführungen, sich fester zu organisieren. Die Aertur vor Maßregelungen solle man ebenfalls befechtigen, denn die städtische Leitung sei gar nicht gewillt, den Arbeitern ihr Koalitionsrecht freitig zu machen. In der Diskussion kam zuerst zum Vort der Verbandssekretär der christlichen Organisation „Arbeiterklub“, Herr Lehner, welcher natürlich gegen die Ausbreitung unseres Verbandes zu Felde zog und seine Organisation über das Wohlwollen heranstreich. Alle Verbesserungen in der Lage der städtischen Arbeiter Mäandern diente er dem Willen der christlichen Gewerkschaft an. Mit der Wahrheit wurde es dabei aber gar nicht so genau genommen, wie es für einen christlichen Mäandern notwendig gewesen wäre. Referent Plannholzer sowohl wie der inzwischen erschienene Gemeindebevollmächtigte Herr Käth verwiesen ihm daher auf die Thataete, daß weder der christliche Verband noch die ultramontanen Gemeindevertreter irgendwo etwas zur Besserung der Lage der städtischen Arbeiter gethan haben. Der christliche Ausschuß habe nicht einmal eine einzige Eingabe an den Magistrat und das Bauamt unterbreitet und deshalb wurde in der Versammlung gegen diese Leute der Vorwurf der Feindschaft und Verrätherie erhoben. Nach einem kräftigen Applaus zum Beitritt in den Verband wurde dann die Versammlung geschlossen.

**München.** Am Sonntag, den 17. August, fand im Saal des Englischen Hofes eine stark besuchte Versammlung städtischer Arbeiter statt. Die Tagesordnung lautete: Die gegenwärtige Gewerkschafts- und der Münberger Stadtmagistrat. Das Referat hierzu hatte Reichstagsabgeordneter Dr. Zückelmann übernommen. Derselbe führte aus: Aus früheren Ausführungen von ihm sei bekannt, daß er besonders betont habe, es möge eine weitgehende Arbeiterfürsorge, eine geübliche Arbeiterpolitik in der Stadtverwaltung getrieben werden. In den meisten Städten ist aber von dergleichen Dingen nichts zu hören, obwohl die städtischen Arbeiter sehr berechtigter Klagen erhoben haben. Es sei selbstverständlich, daß man die Stadtverwaltungen nicht verantwortlich machen könne für die Klauigkeit unserer Produktion; man könne von ihr die vollständige Beilegung aller verurtheilten Schäden nicht verlangen. Aber es könne von einer unrichtigen und thätkräftigen Stadtverwaltung sehr wohl verlangt werden, daß sie mit voller Kraft der Noth zu steuern sucht. Besonders in München ist zur Zeit die Arbeitslosigkeit sehr groß und damit Noth und Elend unter der arbeitenden Bevölkerung. In solchen Zeiten sollte eine Stadtverwaltung sich hüten, die Noth unter den Arbeitern noch zu steigern durch Arbeiterentlassungen aus städtischen Betrieben, wie es in letzter Zeit in München vor gekommen ist. So sollen letzten Sonntag wiederum 50 bis 60 Mann entlassen worden sein, und zwar vom Straßenbau. Man werde aber in verchiedenen Betrieben Heberstunden gemacht, es mühte doch möglich sein, einen Ausgleich herbeizuföhren, so daß nicht die Armen an Heberarbeit forschlich Schaden leiden, während die Anderen zur Unthätigkeit verurtheilt sind und damit mit ihren Familien der Noth preisgegeben werden. Der Entlassenen Unglück soll sein, daß sie in München nicht heimathberechtigt sind. Darum hat man denn die Leute überhaupt eingestellt, währendlich, weil sich in der guten Gewerkschafts- und die hier heimathberechtigten Arbeiter nach den herrschenden Söhnen und der Unwissenheit des Arbeitsverhältnisses in städtischen Betrieben nicht reihen. Und der Jünger that besamtlich nicht allen den Münbergern, sondern auch Zehnacher oder Schmattacher Arbeitern weh. Wie bescheiden die städtischen Arbeiter sind, hat man anlässlich der Audienz bei Bürgermeister v. Jaeger gesehen. Bürgermeister v. Jaeger hat sich sehr vernünftig ausgeprochen. Es war aber auch nicht mehr wie billig, denn kein Gesetz gibt der Stadtverwaltung das Recht, das Koalitionsrecht zu vernehmen. Die Tagespolitik hat jene Stellen festgedrückt und damit wohl sagen wollen, daß die An



